

A N F R A G E von Benedikt Gschwind (SP, Zürich) und Markus Schaaf (EVP, Zell)
betreffend Gleichbehandlung Sozialpartner

Gemäss Personalverordnung zum Personalgesetz des Kantons Zürich sind die Vereinigten Personalverbände (VPV) und nach einem Gerichtsentscheid auch der VPOD die offiziellen Verhandlungspartner in personalpolitischen Fragen. Daraus leitet sich auch ab, dass beide Verbände vom Regierungsrat bzw. den einzelnen Direktionen gleich behandelt werden sollen. Dies war in der Vergangenheit insbesondere bei für die Lehrerschaft obligatorischen Anlässen wie beispielsweise einem Kreiskonvent im Limmattal nicht immer der Fall. Hier hatte nur der VPOD Gelegenheit, seine Sicht der Dinge zur Situation bei der Vorsorgeeinrichtung BVK darzustellen.

Wir unterbreiten dem Regierungsrat dazu die folgenden Fragen:

1. Wie interpretiert der Regierungsrat das Gleichbehandlungsgebot bei seinen offiziell anerkannten Sozialpartnern?
2. Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass die Gleichbehandlung auch bei von kantonalen Stellen oder kantonalen Behörden organisierten Anlässen gelten soll? Wenn nein, warum nicht?
3. Ist der Regierungsrat bereit, bei Stellen und Behörden in seinem Zuständigkeitsbereich auf dieses Gleichbehandlungsgebot hinzuweisen und bei Nichtbeachtung zu beanstanden?

Benedikt Gschwind
Markus Schaaf